



München, 10.01.2018

SPD: Gesundheitsvorsorge in Bayern soll alle Menschen erreichen

Gesundheitspolitikerin Müller: Arme dürfen nicht früher sterben als Reiche - Präventionsgesetz soll Voraussetzung für bessere Gesundheitsvorsorge schaffen

Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich für eine bessere und sozial gerechtere Gesundheitsvorsorge ein und wird dafür noch in der laufenden Legislaturperiode einen Gesetzentwurf einbringen. "Es gibt in Bayern zahlreiche Präventionsangebote, die aber nicht alle Menschen erreichen, die sie benötigen. Es darf nicht so bleiben, dass arme Menschen früher sterben als reiche", erklärte die Gesundheitspolitikerin **Ruth Müller** heute (10. Januar) bei einer Pressekonferenz im Bayerischen Landtag. In einem von der SPD-Landtagsfraktion in Auftrag gegebenen [Gutachten \(PDF, 2,53 MB\)](#) weist Professor **Christian Janßen** einen eindeutigen Zusammenhang zwischen sozialem Status und Gesundheitszustand nach. Auch der Wohnort hat Einfluss auf Gesundheit und Lebenserwartung: "Zum Beispiel hat Franziska, die in Starnberg geboren wird, eine Lebenserwartung von 84,4 Jahren und Antonia, die in Wunsiedel zur Welt kommt, wird durchschnittlich nur 81,8 Jahre alt", stellte Müller fest.

Die SPD-Landtagsfraktion möchte, dass sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen, wie zum Beispiel Familien mit geringem Einkommen, Ältere, Menschen mit Behinderung oder Wohnungslose stärker von vorbeugenden Angeboten profitieren können. "Jeden Euro, den wir für Prävention ausgeben, sparen wir bei Behandlungen von Krankheiten dreimal ein", erklärte Müller. Sie möchte die Menschen vor allem in ihrem Lebensumfeld erreichen, in Schulen und Kitas, am Arbeitsplatz oder auch in Heimen in der Straßenambulanz.

Prävention müsse systematisch angegangen werden und vor allem häufige Krankheiten in den Blick nehmen: Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes oder Übergewicht. Müller verweist darauf, dass vor allem auch die immer öfter vorkommenden psychischen Leiden stärker in den Blick genommen werden sollten.

Professor Janßen forderte bei der Pressekonferenz eine fundierte und nachhaltige Erfassung des Gesundheitszustands der bayerischen Bevölkerung unter Berücksichtigung des sozialen Status und des Einkommens. Dieser Forderung schloss sich der Landesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt Bayern (AWO), **Dr. Thomas Beyer**, an. Die AWO stelle besonders einen Anstieg der psychischen Erkrankungen fest. "Hier sehen wir das hässliche Gesicht des wirtschaftlichen Booms", sagte er.

Die SPD-Gesundheitssprecherin **Ruth Waldmann** unterstrich, dass es der SPD darum gehe, Angebote und keine Vorschriften zu machen. Sie sprach sich in der Pressekonferenz auch für eine regional gerechtere Verteilung der Ärzte aus.



Professor Christian Janßen von der Hochschule für angewandte Wissenschaften München, Gesundheitspolitikerin Ruth Müller, Landshut und der Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt Bayern, Prof. Dr. Thomas Beyer bei der Pressekonferenz im Bayerischen Landtag. Foto Jansen
[Download: Foto in hoher Auflösung](#) (Nutzung kostenfrei)

[Eckpunkte für ein Präventionsgesetz \(PDF, 170 kB\)](#)

[Handout zur Pressekonferenz \(PDF, 162 kB\)](#)